



Univ.-Doz. Dr. Wolfgang List
Rechtsanwalt

Mag. Fiona List
Rechtsanwaltsanwarterin

Mag. Piotr Pyka
Rechtsanwaltsanwärter

Weimarer Straße 55/1
A-1180 Wien
Tel. +43 (0) 1 908 18 98 - 0
Fax +43 (0) 1 908 18 98 - 18
office@ralist.at
www.ralist.at

Sprechstelle
Geiergraben 202
A-8913 Weng im Gesäuse

An das
Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Abteilung Umwelt- und Energierecht
Landhausplatz 1
Haus 16
3109 St. Pölten

Wien, 13. Juli 2015
4826/14 - 1/eh - 32942.doc

in der mündlichen Verhandlung am 15.07.2015 vorgelegt

Errichtungsgesellschaft Marchfeldkogel mbH; Errichtung und den Betrieb einer Deponie, bestehend aus Bodenaushub- und Baurestmassenkompartimenten (so genannter „Marchfeldkogel“); Stellungnahme; falsches Verfahren; BLAUKALK ist keine Baurestmasse;

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Errichtungsgesellschaft Marchfeldkogel mbH hat mit Schreiben vom 28.02.2012 unter anderem die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Baurestmassendeponie in der KG Markgrafneusiedl beantragt.

Allgemein ist festzuhalten, dass der Anhang 1 Z 2 lit d UVP-G 2000 ein vereinfachtes UVP-Verfahren für Baurestmassen- oder Inertabfalldeponien vorsieht, deren Gesamtvolumen mindestens 1000.000 m³ beträgt.

Im technischen Bericht der Porr Umwelttechnik GmbH vom August 2011 wird die Deponierung bestimmter Abfallarten angeführt, wobei dieser Bericht Teil des Genehmigungsantrages ist.

Girokonto (IBAN):
AT53 2011 1295 3509 9500
BIC (S.W.I.F.T.-Adresse):
GIBAATWWXXX

Fremdgeldkonto (IBAN):
AT26 2011 1295 3509 9501
BIC (S.W.I.F.T.-Adresse):
GIBAATWWXXX

UID-Nr.: ATU66359479
DVR-Nr.: 4004411
Kanzlei-Code: P131434

Wir haben zum beantragten Abfallkatalog Herrn DI Dr. Wimmer um Stellungnahme ersucht, dessen Bericht vom 29.06.2015 wir hiermit vorlegen.

Dr. Wimmer kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Der beantragte und von den Sachverständigen positiv beurteilte Abfallkatalog für die Baurestmassendeponie enthält neben zahlreichen Abfallarten, bei denen eine Überschreitung der Inputgrenzwerte für Baurestmassendeponien möglich oder im Regelfall sogar zu erwarten ist, auch einige Abfallarten wie va 31220 (Konverterschlacke), 31422 (Kiesabbrand) und 31619 (Gichtgasschlamm), die in der Praxis immer Schadstoffgehalte aufweisen werden, die über den Grenzwerten der Anlage 1 DVO 2008 für Baurestmassendeponien liegen sowie zumindest eine Abfallart (54912 Bitumen, Asphalt), deren Ablagerung auf einer Baurestmassendeponie nicht zulässig erscheint.

Unabhängig davon besteht insbesondere bei bestimmten ausgestuften gefährlichen Abfällen die Möglichkeit, dass

- wegen des Fehlens entsprechender Grenzwerte in der DVO 2008 für bestimmte Parameter,
- wegen der bei einer Reihe von uU äußerst problematischen Inhaltsstoffen nicht vorhandenen oder stark eingeschränkten Aussagekraft der in den einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften vorgegebenen Untersuchungsmethoden
- und wegen den bei der Beurteilung der Gefahreigenschaften von Abfällen anzuwendenden Gefährlichkeitsmerkmalen

Abfälle in die Baurestmassendeponie eingebracht werden können, die hohe Gehalte an – möglicherweise äußerst problematischen – Schadstoffen enthalten. Negative

Umweltauswirkungen aus der Ablagerung solcher Abfälle, die (durch die Untersuchungsmethoden bedingte) nicht erkannte Schadstoffbelastungen aufweisen oder bei denen (da in der DVO 2008 keine Grenzwerte festgelegt sind) hohe Schadstoffgehalte einer Ablagerung nicht entgegenstehen, könne damit beim vorliegenden Abfallkatalog nicht ausgeschlossen werden.

Rechtlich ist somit wesentlich, dass in dem beantragten Abfallkatalog diverse Abfallarten aufgelistet sind, die einen weitaus höheren Schadstoffgehalt aufweisen können, als dies für Baurestmassen gemäß der Deponieverordnung 2008 vorgesehen ist.

Wie weiters der beiliegenden Stellungnahme des Ingenieurbüros für technischen Umweltschutz vom 29.06.2015 zu entnehmen ist, werden im beantragten Abfallkatalog insgesamt 105 Abfallarten, darunter 12 ausgestufte gefährliche Abfallarten, aufgelistet.

In der gegenständlichen Stellungnahme des Ingenieurbüros für technischen Umweltschutz wird auch nachvollziehbar ausgeführt, dass bei einigen beantragten Abfallarten, vor allem bei Abfällen der SNr 31220 (Konverterschlacke), SNr 31422 (Kiesabbrand) und SNr 31619 (Gichtgasschlamm), **in der Praxis immer** Schadstoffgehalte zu erwarten sind, die **über den Grenzwerten** des Anh 1 der DVO 2008 für Baurestmassendeponien liegen (vgl Tabelle im Anhang der Stellungnahme).

Eine Reihe von beantragten Abfallarten, wie zB SNr 31218 (Elektroofenschlacke), SNr 31306 (Holzasche, soweit es sich um Flugaschen handelt), SNr 31489 (Gießformen und –sande nach dem Gießen) und V 91501 (Straßenkehricht), haben **in der Regel** Schadstoffgehalte, die – **zum Teil weit – über den Grenzwerten** des Anh 1 DVO 2008 für Baurestmassendeponien liegen (vgl Tabelle im Anhang der Stellungnahme).

Darüber hinaus können eine Vielzahl der beantragten Abfallarten, zB SNr 31103 (Ofenausbruch aus metallurgischen Prozessen), SNr 31105 (Ausbruch aus Feuerungs- und Verbrennungsanlagen), SNr 31111 (Hütten- und Gießereischutt), SNr 31402 (Putzereisandrückstände, Strahlsandrückstände), SNr 31439 mineralische Rückstände aus der Gasreinigung – ausgestuft), SNr 31440 (Strahlmittelrückstände mit anwendungsspezifischen schädlichen Beimengungen – ausgestuft), usw **in der Praxis** Schadstoffgehalte aufweisen, **die über den Grenzwerten** des Anh 1 DVO 2008 für Baurestmassendeponien liegen (vgl Tabelle im Anhang der Stellungnahme).

Weiters wurde in der Stellungnahme des Ingenieurbüros für technischen Umweltschutz vom 26.06.2015 unter der beispielhaften Bezugnahme auf die Substanz Hexachlorbenzol (HCB) (gegenständlich wurde SNr 31618, Carbidschlamm, in der Öffentlichkeit als „**BLAUKALK**“, beantragt) festgehalten, dass nach den in den einschlägigen abfallrechtlichen Vorschriften vorgegeben Untersuchungsmethoden und den anzuwendenden Gefährlichkeitsmerkmalen **ausgestufte gefährliche Abfälle durchaus hohe Gehalte an problematischen Schadstoffen aufweisen können**, die methodenbedingt entweder **gar nicht erkannt werden** und/oder für die es keine Grenzwerte für die Ablagerung in einer Baurestmassendeponie gibt.

Es wird als allgemein bekannt vorausgesetzt, dass die Entsorgung von Blaukalk in Kärnten massive Gesundheitsgefährdungen mit sich brachte und keinesfalls ein Interesse unseres Klienten besteht, eine derartige Gefahrensituation in Markgrafneusiedl zu schaffen.

Darüber hinaus wird die Abfallart mit der SNr 31418 (Gesteinsstäube, Polierstäube) beantragt. Dazu ist festzuhalten, dass auch „Bypass Staub“ dieser Abfallart hinzuzurechnen ist und hohe Gehalte von Salzen und Schwermetallen enthält. In Deutschland muss diese Abfallart in eine Untertagedeponie versetzt werden. Wir legen Ihnen diesbezüglichen Bescheid der BH St. Veit an der Glan vom 12.12.2006 und einen Überprüfungsbericht der Kärntner Landesregierung vom 16.04.2014 bei.

Gemäß den Begriffsbestimmungen der DVO 2008 sind Baurestmassen Materialien, die bei Bau- oder Abbruchtätigkeiten anfallen, ausgenommen Baustellenabfälle. Für die Zuordnung von Abfällen zu den Deponieklassen ist § 5 DVO 2008 zu betrachten.

Demnach dürfen in einer Baurestmassendeponie ausschließlich:

- nicht gefährliche Abfälle, die den Anforderungen des Anh 1, Tabelle 5 und 6 entsprechen,
- Abfälle gemäß Anh 2,
- Aushubmaterial, das den Anforderungen des Anhangs 4 für die Ablagerung auf einer Baurestmassendeponie entspricht,
- Gleisschotter, der den Anforderungen des Anhangs 4 für die Ablagerung auf einer Baurestmassendeponie entspricht, und
- Asbestabfälle nach Maßgabe des § 10 abgelagert werden.

Damit bestimmungsgemäße Abfallarten in Baurestmassendeponien abgelagert werden dürfen, müssen die Grenzwerte für Gehalte im Feststoff des Anh 1, Tabelle 5 und 6 DVO 2008, eingehalten werden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im beantragten Abfallkatalog Abfälle enthalten sind, die nicht nach dem vereinfachten Verfahren im Sinne des Anh 1 Z 2 UVP-G 2000 zu genehmigen sind. Es ist ein ordentliches Genehmigungsverfahren für die beantragten Abfallarten durchzuführen, die im Sinne der Deponieverordnung 2008 auf Reststoff- oder Massenabfalldeponien abzulagern sind.

Folglich hat die Behörde bis jetzt das Recht auf den gesetzlichen Richter verletzt und somit in verfassungsrechtlich geschützte Rechte unseres Mandanten eingegriffen.

Das Verfahren ist zu wiederholen und neuerlich ordnungsgemäß kundzumachen.

Mit freundlichen Grüßen

List Rechtsanwalts GmbH

Weimarer Straße 55/1, A-1180 Wien
Tel. +43 1/9081898-0, Fax /9081898-18
office@ralist.at, www.ralist.at

List Rechtsanwalts GmbH

Beilage: Stellungnahme des Ingenieurbüros für Technischen Umweltschutz vom 26.06.2015.
 Bescheid der BH St. Veit an der Glan vom 12.12.2006.
 Überprüfungsbericht der Kärntner Landesregierung vom 16.04.2014.